

Baugewerkschaft

Organ des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierjährlich
3 Mark (ohne Beitragsbeitrag). Zu bezahlen durch jede Post-
anstalt. • Redaktionsschluß: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtspark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für
Veranstaltungsanzeigen 50 Pf. pro Seite. — Schlüß der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum neuen Jahr

O mächtige Zeit, dich erkennen wir,
Bewegerin des Menschengetriebs!
Du sähende, reissende, erntende Zeit,
Des Uebels Balsam und Hoffnung des Glücks!

Groß war das Leid im längsten Jahr;
Als Opfer nimm es, freudig gebracht.
Doch gnädig uns reise die schwierige Saat,
Die Saaten des Lichtes in schauriger Nacht!

O mächtige Zeit, erstrahle vor uns,
Strahl helle in uns der Hoffnung Schein!
Läßt freudig und rüstig zum Arbeitsgang,
Läßt glücklich uns auch zur Ernte sein!

Georg Nowottnik

Neujahr 1922

Wenn mit dem Tröpfchen und Klingen der Silvesterglocken ein neues Jahr seinen Einzug hält unter die Menschen, dann pflegt man unwillkürlich einen Blick zurück zu tragen in die Jahresspanne, die hinter einem liegt, unter die man jetzt den Abschlußstrich setzt — aber auch vorwärts zu schauen, mit dem Wunsche zu erraten, was das neue Jahr an Freud und Leid, an Mühen und Sorgen, für uns bereit hält. Und so gesieht es sich auch, daß wir, die uns der Geist der Gemeinschaft in unserem lieben christlichen Bauarbeiterverband vereint, einmal uns daran erinnern, was das Jahr 1921 uns gebracht, um aus diesen Erfahrungen zu lernen und die Verhältnisse im kommenden Jahre, soweit es in unseren schwachen Menschenkräften steht, zu meistern und das Wohl unserer Kollegen und der Volksgesamtheit zu fördern.

Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaft. Ihre Erfüllung muß naturngemäß da mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein, wo die wirtschaftliche Lage eines ganzen Landes so furchtbar traurig aussieht, wie gegenwärtig in unserem Vaterlande.

So haben denn auch die zahlreichen Befreiungen, die wir im vergangenen Jahre geführt haben, schließlich kein anderes Resultat zeitigen können, wie die Schützung eines weiteren Heraufstiegs von unserem Existenzminimum. Im letzten Jahresdrittel sah die beispiellose Entwertung der deutschen Salute ein, die gar bald riesige Preissteigerungen nach sich zog. Wohl folgte auch eine nominell gesehene — recht erhebliche Bohnerhöhung bei anderen, — jede allerdings nur mit Mühe und Not den widerstreitenden Unternehmern abgerungen — aber trotzdem konnte sich der Arbeiter nichts mehr leisten als zuvor. Wohl stieg der Besitzer der Arbeitskraft, wie einmal in einem gutenilde gelagert wurde, auf der Leiter des Nominallohnes eine Sojusprosse nach der anderen empor, um den Monatsfisch des Existenzminimums zu erreichen, aber vor jedem Schritte nach oben sah die vor Stricken gehaltene Leiter um ein beträchtliches tiefer, so daß sich der Exportsteigende Preis demselben Mauerblöck gegenübersteh, ohne tooz größter Anstrengung seinem Ziele, dem Monatsfisch, näherzutun. Und die beiden Stricke, die immer mehr nachgaben, waren die zunehmende Inflation (die Überflutung mit Papiermarken) und die stets sinkende Salute.

Nur mit Grauen vermögen wir daraus zu denken, was aus der deutschen Arbeiterschaft geworden wäre, wenn sie sich nicht in klarer Erkenntnis der Schwäche des Einzelnen und der Macht der Vereinten in den Gewerkschaften treu und fest zusammengeschlossen hätte. Ohne die Hilfe und Unterstützung unserer Verbände hätte keine Macht der Erde die Unternehmer gehindert, die Gelegenheit der Preissteigerung und Gelbenwertung zu einer eheblichen Senkung des Reallohnes zu benutzen.

Was verbunden mit der Größe des Sojus in eine andere, die uns im vergangenen Jahre lange und höchst beschäftigt hat, nämlich die

Ferienfrage. Eines lang andauernden Kampfes, der, insbesondere von den Arbeitgebersführern mit beispieloser Schärfe geführt wurde, hat es bedürft, bis es endlich der zähen Arbeit der Gewerkschaften, insbesondere unseres Verbandes, gelang, einen erfreulichen Teilstieg zu erringen. Der allerdings sehr verbessерungsbedürftige Schiedsspruch des 5. August wurde endlich Mitte Dezember durch eine zentrale Vereinbarung vom Arbeitgeber und für das Baugewerbe anerkannt. Freilich wird im neuen Jahre hier noch sehr gründliche und ernsthafte Arbeit geleistet werden müssen.

Wenn uns somit das Ergebnis unserer Bohnpolitik auch nicht mit völiger Befriedigung erfüllen kann — ist doch ein wirtschaftliches Existenzminimum in unsern Forderungen entsprechend ausreichend für eine Familie mit drei Kindern nirgends von den Kollegen erreicht worden — so wollen wir das Errungene doch nicht kleinlich betrachten und bemängeln, sondern lieber überlegen, wie es besser machen im neuen Jahre!

Leider sieht es da mit den Aussichten des deutschen Baumarktes noch recht trübe aus. Wenn man sich in der Regierung und vor allen Dingen im Reichstag nicht einmal — allen agitatorischen Bedenken zum Trotz — zu einer großzügigen Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau aufzurufen versteht, dann droht nicht bloß die Wohnungsnot sich zu einem erschreckenden Ungeheuer auszuwachsen, sondern auch das Gespenst der Arbeitslosigkeit für Hunderttausende deutscher Bauarbeiter.

Wenn in den vergangenen Monaten allerwärts ein Mangel an Bauarbeiten sich bemerkbar machte, so lag das in erster Linie daran, daß fast alle Aufträge des Jahres 1921 sich auf die ersten sechs Monate zusammendrängten. In der ersten Hälfte des Jahres lagen auch die gelernten Bauarbeiter zu Tausenden auf der Strohe. Deshalb ordern wir nicht bloß Mittel für den Wohnungsbau von Regierung und Parlament, sondern wir fordern sie vor allem bald, damit wir im neuen Jahre nicht wieder das traurige Schauspiel erleben wie im Vorjahr: In der ersten Hälfte überhaupt keine Arbeit, in der zweiten so viel, daß sie kaum zu schaffen ist, so daß zahlreiche neue Bauhandwerker in der Erde gestampft werden sollen, die dann im Frühjahr nur die Zahl der Arbeitslosen erhöhen.

Deshalb also, ihr Herren in Regierung und Parlamenten, seht mal etwas Dampf dahinter; auch das deutsche Baugewerbe hat einen Anspruch darauf, nicht bloß als Aschenbrödel der deutschen Wirtschaft behandelt zu werden, sondern auch hier ist plausibler Berechnung am Platze. Und wenn das Eisen einer hundertprozentigen Mietsteuer auch noch so heiß ist, angepackt werden muß es doch, darum besser, man tut es bald, bevor unabsehbarer Schaden entsteht, bevor wieder Hunderttausende von Bauarbeitern auf der Straße liegen!

Rehen dieser überaus wichtigen Aufgabe, die unserem Verbande gegenwärtig obliegt, nämlich mit allem Nachdruck sich für eine baldige Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau einzusetzen, dürfen die übrigen nicht minder wichtigen durchaus nicht zurücktreten. In den nächsten Wochen schon beginnen die Rüstungen für die großen zentralen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, die der Reichskriegsvertrag zwischen uns mit sich bringt. Dazu scheint die Preissteigerung ihren Höhepunkt noch durchaus nicht erreicht zu haben. Mit jähre Anstrengung werden die örtlichen und bezirklichen Instanzen in den kommenden Wochen darum zu ringen haben, einerseits jedes Herab sinken von dem gegenwärtigen Reallohn zu verhindern, andererseits aber mit allem Nachdruck zu versuchen, einem wirklich menschenwürdigen Existenzminimum in etwa nahe zu kommen.

Arbeit und Aufgaben für unseren Verband in Hülle und Fülle! Das aber sollte nun mehr auch der gute Kollege eingesehen haben, daß nur die Ein-

mütigkeit, ein treues Zusammenstehen aller Kollegen uns befähigt, diese Aufgaben zu aller Wohl und Zufriedenheit zu lösen.

Wir brauchen weder mit Bittern und Bagen, noch mit banger Ungewißheit in das kommende Jahr zu sehen und aus dem flüssigen Blei zu ergründen, was uns bevorsteht. Wenn alle Kollegen treu und redlich ihre Pflicht erfüllen, dann wird es im neuen Jahre gewißlich bergan gehen. Finanzielle und zahlenmäßige Stärkung des Verbandes — immer wieder muß das ausgesprochen werden — ist die Grundbedingung und Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Erfolge! In den letzten Monaten des vergangenen Jahres ließ sich ein dauerndes, wenn auch nicht allzu bedeutendes Ansteigen der Mitgliederzahl feststellen. Das beweist, daß mehr draußen im Lande die Notwendigkeit der Stunde erkannt beginnt und mit Energie an die Arbeit geht. Sorgen wir dafür, daß sie nicht einschläft! Nicht bloß die Angestellten können die Träger der Agitation sein, nein jeder Kollege muß seine Ehre daran setzen, hierin sein Bestes zu leisten.

Fast noch wichtiger erscheint die finanzielle Förderung und Stärkung. Eine recht gut gefüllte Hauptkasse ist uns insbesondere bei den kommenden Reichstarifverhandlungen der beste Wurzel des Genusses. Die pünktliche Zahlung der statutenmäßigen Beiträge ist nur ein ganz kleiner Opfer, Radikalität in diesem Punkte aber kann die bösesten Folgen für uns alle haben!

So wollen wir uns dem geloben, im neuen Jahre uns wieder mit allen Kräften für die Festigung und Stärkung unseres lieben Verbandes einzusetzen, der uns immer die Treue gehalten hat. Wenn wir so handeln, braucht es uns um das wirtschaftliche Wohl unser selbst und vor allem unserer Frauen und Kinder nicht bangen sein. Und in diesem Sinne

Mit Gott ins neue Jahr!

Genossenschaftliche Baupreis

so soll der Titel der neuen Zeitschrift lauten, die den Reichsverband Deutscher Bauproduktionsgenossenschaften zum Januar des kommenden Jahres erstmals herausgeben will.

Mit die wichtigsten Aufgaben dieses Verbandes sind die in § 2 seiner Satzung gekennzeichneten: Die Verbreitung richtiger genossenschaftlicher Grundsätze und gegenseitiger Lustbarkeit von Erfahrungen unter den angehörigen Genossenschaften. In weitesten Kreisen unserer Freunde ist man sich heute darüber klar, daß die Beziehungen zwischen einzelnen Bauproduktionsgenossenschaften — übrigens bei genauem Genossenschaftsverständnis — die ihr Wohl am ehesten gelingen, unsere Genossen, die Mitglieder unserer Bauproduktionsgenossenschaften, mit dem echten genossenschaftlichen Geist zu erfüllen? Dieser genossenschaftliche Geist ist etwas ganz Besonderes, ein Geist nämlich, der sich von dem herrschenden Wirtschaftsgeist von der Gesinnung der weitaus meisten Menschen verschieden kennzeichnet, die hierfür gesagt ist das Wort: „In geistlicher Dingen hört die Menschheit auf“, eine Gedanken, die im allgemeinen ja aufgegriffen wird. Dazu scheint die Preissteigerung ihren Höhepunkt noch durchaus nicht erreicht zu haben. Mit jähre Anstrengung werden die örtlichen und bezirklichen Instanzen in den kommenden Wochen darum zu ringen haben, einerseits jedes Herab sinken von dem gegenwärtigen Reallohn zu verhindern, andererseits aber mit allem Nachdruck zu versuchen, einem wirklich menschenwürdigen Existenzminimum in etwa nahe zu kommen.

Diese Aussöhnung gilt es nur aufs äußerste zu schaffen. Daß genau sind wir uns darüber klar geworden, daß wir alle Christen die gleiche Freiheit, die Freiheit und das

Materialismus in uns — nicht bloß bei den anderen — zu überwinden und an ihre Stelle zu setzen wahre Rücksichtslosigkeit und Gerechtigkeit. Das war nicht zum wenigsten das Motiv, das uns zur Gründung unserer Bauproduktionsgenossenschaften veranlaßte. Und der genossenschaftliche Geist, den wir in ihnen fordern, er ist nichts anderes, als die praktische Anwendung der alten christlichen Gebote aufs Wirtschaftsleben, die Bekämpfung des Materialismus und Egoismus in uns selbst.

Nun aber heißt es, Ernst zu machen mit dieser Bedeutung in den Bauproduktionsgenossenschaften, und diesen echten Genossenschaftsgeist, den Geist des praktischen Christentums zum A und O in unseren Genossenschaften zu machen. Wenn und das nicht gelingt, wenn wir dem immer wieder sich erhebenden Egoismus des einzelnen nicht einen Wall entgegenstellen können, an dem er sich hält, wie die Wogen der Brandung am Felsenfestade des Meeres, dann werden wir über kurz oder lang von Rückwärts so blühenden Genossenschaften vor Augen sehen und befürchten müssen, daß wir das Gebot der Stunde nicht verstanden. Nur der echte Genossenschaftsgeist vermag unsere Mitglieder zu den höchsten Leistungen auf der Arbeitsstelle anzuspornen, mit er vermag in den Tagen der Krise und des Rückslages die Treue der Genossen zu erhalten, nur er zögert auch in den Tagen des Glücks das Gewinnstreben der Mitglieder und verwandelt den schon von den Alten erkannten „verfluchten Hunger nach Gold“ in einen ruhigen und fröhlichen Bericht zum Wohle des Ganzen und der Allgemeinheit!

Zus diesen Erwägungen heraus und auf wiederholtes Drängen einzelner Genossenschaften hin hat der Vorstand des Reichsverbandes in seiner Sitzung am 17. Dezember 1931 einstimmig beschlossen, ein eigenes Organ:

Genossenschaftliche Baupraxis, herzugeben, das insbesondere der Pflege des echten genossenschaftlichen Geistes in den verschiedensten Kreisen dienen soll. Darüber hinaus hat es die Pflicht, das Verbindungsgeschäft zu führen, das unsere Genossenschaften zu einer wirklich neuen inneren Einheit verbindet. Dazu soll in ihr einbeschreibende Stellung gezeichnet werden, je der wichtigen Problemen der sozialen Bauwirtschaft — zielbewußt müssen unsere Genossenschaften darum trachten, sie auf eine höhere Stufe zu heben als es die Gegenwart der Fall ist — sowie zu den besonderen Fragen des Wohnungsbau- und Siedlungswesens.

Der Geschäftsführer, der Organisator, der Redakteur, der konfessionelle Leiter, die Politiker, die Werktreiber, die mit Helle und Art mitarbeitenden Geistigen, kurz alle mit Gott und Mensch praktisch, theoretisch und mit ihrer Begeisterung mitzuarbeitenden Menschen, sie alle sollen hierzu Begeisterung und Belebung empfangen. Dafür sorgen besondere Mitarbeiter, die regelmäßig über das Bauwesenmarkt, Rechtspflege und Steuerwesen, rechtliche, finanzielle und organisatorische Fragen informieren. Auch soll über das Schicksal der produktionsgenossenschaftlichen Bewegung in unserer Schaffenskraft und Gewerken laufend Bericht erichtet werden.

Die **Genossenschaftliche Baupraxis** soll zunächst einmal im Monat und ganz jenseitig zum 20. mit einem

18 Seiten starken Heft erscheinen. Für das 1. Halbjahr ist der Bezugspreis (6 Hefte) auf 6 M. zugleich 80 Pfg. Bestellgebühr festgelegt worden. Die Schriftleitung soll nach dem Beschuß des Vorstandes der Kollegie Joseph Schulze übernehmen.

Die dringendste Frage im Augenblick ist nun die Schaffung einer finanziellen Grundlage für die „Genossenschaftliche Baupraxis“. Ihre Lösung ist jedoch gar nicht so schwer, wenn alle diejenigen, deren Interessen die neue Geisteshaltung dient, ihre Pflicht tun. Und die Interessenten der „Genossenschaftlichen Baupraxis“ sind in erster Linie alle Kollegen unseres Verbandes.

Stets noch leuchten die Augen unserer Kollegen, wenn sie von unseren Genossenschaften hören, und mit Stolz und Begeisterung versetzen sie ihr Arbeiten, ihre Erfolge, mit Hoffnung und Vertrauen ihre Kämpfe und die Angriffe, mit denen man sie niederringen trachtet.

Wissen wir doch alle, welch hohe und bedeutsame Aufgaben unsere Bauproduktionsgenossenschaften zu erfüllen haben, glauben und hoffen wir doch alle, daß wir mit ihrem Siege auch der Erfüllung unserer christlichen Gemeinwirtschaft um ein gut Stück näherrücken.

Bisher war es die „Baugewerkschaft“, die uns hierüber informierte. Doch ihr Raum ist beschränkt und wird zur Behandlung anderer Fragen dringend benötigt. In Zukunft wird diese Aufgaben die „Genossenschaftliche Baupraxis“ übernehmen. Wem also unsere Bauproduktionsgenossenschaften, Kollegen, etwas bedeuten — und bei wem wäre das nicht der Fall — der muß jetzt die „Genossenschaftliche Baupraxis“ sofort bestellen! Der niedrige Bezugspreis ermöglicht es jedem ohne große Opfer! Aber wenn auch — ein Opfer sollten uns unsere Bauproduktionsgenossenschaften immerhin wert sein! Für den Opfergeist weitester Kollegenkreise hat die ganze Bewegung bisher so weit gesprobert, erhalten wir jetzt nicht! Greifen wir deshalb sofort zur Feder und füllen den Bestellzettel am Schlüsse der heutigen Nummer aus! Nicht dem Schafstolzigen und Gleichgültigen gehört die Zukunft, sondern dem Entschlossenen, dem Opferbereiten zumal Datum auf zur Tat!

Die Jugendfrage

Es gehört zum Charakter religiöser, an Gott gebundener Menschen, daß sie Änderungs- und Reformabsichten auf dem Gebiete religiöser, staatlicher und sozialer Ordnungen vorschlägt und mit keinem Langsamter in Angriff nehmend, als dies „freie und ansfürte“ Köpfe zu tun pflegen. Bei Organisationen und Gemeinschaften, die von diesen beiden Menschenarten getragen werden, ist das Verhältnis dementsprechend. Revolution wählt immer nur dann, wenn seine Ausübung die Menschen beherrscht, wenn der Mensch Gott aus den Augen verloren und sich selbst zum Maß der Dinge gestellt hat. Dann schreiben Parteien auf ihre Fahnen: „Wissen ist Macht!“

Der religiöse Mensch erkennt die Gefährlichkeit in vollzogenem Geschehen, dementsprechend die Grenzen seiner eigenen Willkürlichkeit. Das gibt ihm die ruhige, besonnene Art, die sein Vortrag, aber auch sein Nachteil ist. Diese Art wird weniger

Einschreibe an Kräften jeglicher Art zu erleben, weniger Lehrgeld zu bezahlen haben, als die mit steter unbedingter Handlungsbereitschaft begabte „freie“. In der Politik bedeutet dieser Vorteil aber mitunter auch einen bedenklichen Prestigeverlust. So sieht man denn jene religiös fundierten Menschen und Organisationen bei wichtigen politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen häufig erst zur Tat sich anschicken, wenn die „freien“ sie schon vollzogen haben. Menschen, die die psychologische Bedingung dieser Langsamkeit nicht erkennen — und das ist die Mehrzahl des Volkes, speziell der Arbeiterschaft — werben dann leicht zu der Annahme genötigt, daß hier mehr „mitgeschleppt werden“ als eigentlich handeln zu verzeichnen sei.

Nun soll hier freilich nicht alle Lässigkeit, die auf unserer Seite geschickt oder geschehen ist, entschuldigt werden. Vielmehr sei mit Nachdruck die Aufmerksamkeit einem Gebiet zugewandt, das bislang arg vernachlässigt wurde: die Jugendorganisation!

Der „Deutsche Bauarbeiter-Verband“ ruft zum 28. und 29. Dezember d. J. zu einem Jugendtage nach Leipzig. Zweck der Tagung ist, die ca. 6000 jugendlichen Mitglieder zu einer engeren Vereinigung innerhalb des Verbandes zusammenzufügen. Diese zu konstituieren, werden von den jugendlichen Mitgliedern unter 18 Jahren selbstgewählte Ausschüsse nach Leipzig entsandt. Als Zweck der Jugendabteilungen wird in den Richtlinien für den Aufbau einer Jugendabteilung des „D. B. V.“ bezeichnet: „Zweck der Jugendabteilungen ist Unterweisung der Jugendlichen in den gewerblichen Grundzügen, Schutz der Jugendlichen vor Missbehandlung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung und Beratung in beruflichen und sozialen Fragen, Erweckung und Pflege des Bildungstriebes und des Gemeinsinns sowie Pflege edler Geselligkeit; ihr Ziel ist die Herausbildung der Bauarbeiterjugend zu tüchtigen Berufskollegen, Gewerbsfamilien und Menschen.“ Die Herausgabe eines besonderen Jugendblattes ist in Aussicht genommen. Bei der Energie, mit der auf jener Seite alle wirtschaftlichen und politischen Dinge in Angriff genommen werden, ist zu erwarten, daß die Zahl der jugendlichen Mitglieder des D. B. V. sich bald verdoppeln wird.

Wie steht es nun mit unserer Jugendorganisation? Wie allgemein bekannt ist, besteht sie noch nicht; die Zahl der jugendlichen Mitglieder beträgt etwa 1000. Auch wir haben die Möglichkeit, diese Zahl zu verdoppeln und uns damit einen tüchtigen Nachwuchs, gegebenenfalls einen disziplinierten, kampfbereiten Sturmtrupp zu sichern. Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn wir

1) sofort allgemein mit einer großzügigen Jugendarbeit beginnen. Diese aber wird nur durch einen Erfolg verheißen, wenn die Jugendlichen merken, daß der Verband alle ihre direkten ungeformten Wünsche klar formuliert und energisch vertreten. Daher muß diesem dringenden Drängen ein zielsicherer, kühler und doch begeisterter und begeisternder Kopf gegeben werden in Gestalt eines

2) Jugendsekretärs mit entsprechend beauftragten technischen und organisatorischen Mitteln. Es wird an ihm liegen, ob er dem Zusammenschluß den Charakter einer autoritativen Jugendpflege geben wird, oder ob es ihm gelingt, eine feste

gesetzte wird. Neben dem Jugendhaus findet das Jugendhaus keine sicher verbürgte Stelle; die Bodenauflösung entspricht der Einsicht der Einwohnerchaft.

4. Die Gegenwart

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts beginnt ein kurtes Hochamt der Städte: Die Bauträger der modernen Verkehrsmitte machen sich geltend, die industrielle Industrie verzögert sich zunehmend; ein ungemeine Ausweitung des städtischen Lebens und der städtischen Bevölkerung beginnt.

Jetzt war es an der Zeit, daß ganze städtische Siedlungsweisen maßgebend zu beeinflussen.

Zu Beginn auf die moderne Entwicklung des Siedlungsweises in Deutschland muß man von Niedersachsen zwei Gebiete trennen, die etwa durch eine Linie Bremen—Hannover getrennt werden. Im Norden und Nordwesten, also besonders in der Provinz Hannover, soz. in den Städten die alte deutsche Bauweise, das Kleinsthaus oder Dreifamilienhaus bis zur Gegenwart erhalten, oder aber zu einem Bürgerhaus für vier bis sechs Familien umgebaut.

Ganz ähnlich, zum Teil nur noch einfacher, ist die Entwicklung im Russland vor sich gegangen. In Frankreich, England, Amerika — dort zum Teil allerdings mit Ausnahmen — besonders aber in Belgien.

Wesentlich anders hat sich das städtische Siedlungsweisen in dem Hauptgebiete Deutschlands entwickelt, das nun in der Hauptjahr für unsere Wohnungszustände maßgebend geworden ist.

Ringsum aber hat sich diese Entwicklung in solcher Schärfe vollzogen, wie in Berlin. Hier wurde als Typus der neuzeitlichen städtischen Bauweise die Blockflakade mit Gänge ausgebildet, die von Berlin ausgehend sich die meisten deutschen Großstädte unterworfen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Das großstädtische Siedlungsweisen

(Fortschreibung)

2. Das Siedeln des Mittelalters

Die politischen Zwischenziehungen des Mittelalters ließen sich vom 14. Jahrhundert an die ersten großen Anzeichen der Stadt und städtischen Zentralisierung. Siehe dazu die Siedlungsstatistik des Mittelalters und auch das gelehrte Wissenschaftliche Seminar für Stadt- und Landeskunde des Historischen Seminars der Universität zu Berlin.

Die städtische Siedlung hat auch das Frühmittelalter und das 10. Jahrhundert ab beobachtet. Sie ist aber erst im 12. Jahrhundert zu einer besonderen Siedlungsform geworden.

Siedler hatten die überwiegenden Siedlungen bei Anwendung des sogenannten Siedlungsmodells oder der sogenannten Siedlungsordnung errichtet. Sie einte die Stadt der Siedlungsordnung auf in zwei Hauptteile: die Siedlung und die Burg, die Burgstadt und das Siedlungsgebiet.

Zum Beispiel in der Stadt wurde jetzt die sogenannte Siedlungsordnung nicht mehr gezeigt, und zwar in besonderer Weise mit Fried und Fried.

So ausführlich war die soziale Tätigkeit auf allen Gebieten des mittelalterlichen Siedlungsmodells, daß z. B. im 12. Jahrhundert in Berlin trotz hoher Bevölkerung der Siedlung keine Bebauung bestand. — Auch die Siedlungsordnung wurde jetzt einsichtig erledigt: nach jeder Kirche, breite Straßen, große Plätze, kleine Plätze, der unterschieden zwischen kleinen Siedlungen und großen Siedlungen verfügt.

Unter dem Einfluß der Renaissance kam jetzt das in Italien und Frankreich ausgewidete breitgestreckte Bürgerhaus zur Einigung, als neue Form für das bessere und vornehme Bürgerum. Man begnügte diese Haustypus insbesondere in den Hauptstädten, weil die größeren Bauten äußerlich die Vorstellung der Vornehmheit erwecken, jener besonders bestellt, weil man in diesen für mehrere Familien angelegten Siedlungen zunächst Freiräume für die sozialen Beziehungen fand.

Der Hofstaat hat jedoch das Bürgerhaus nicht ohne allgemein angewandt, vielmehr wurde stets dafür gesorgt, daß die entsprechende Anzahl für die Kleinsthäuser für Handwerker und Kleinbürger gebaut wurde. Deshalb grüßt man auch in die Parzellierung der Grundfläche schwand ein.

Dann wurden ganze Abgrenzung einzelner Straßen bzw. Häuser vornehmen, was wurde innerhalb eines Hauses ein Teil zur Einrichtung in kleinen Gewerben ausgenutzt. — Die soziale Fürsorge in der Parzelle bringt es eine Anzahl mit sich, man will eben möglichst viele Frei- bzw. entzweigemeindete Flächen mit Freiräumen ausarbeiten.

So unterschiedlich ist das System der sozialen Siedlungsordnung natürlich von der in späteren Zeiten: Der landesfürstliche Städtebau erfordert die Anlage der Stadt als einheitliches Ganzen, wobei die Planmaßigkeit sich bis auf die Regelung von Einzelheiten erstreckt. Das Schönheitsideal ist die Symmetrie, die in der Richtung der Straßen, in der Raumgestaltung der Plätze, in der Behandlung der privaten Gebäude zur Durchführung gelangt. — Die Obrigkeit brüstet so dem Stadtkörper die Größe aus: Feuerwehrhaus und benachbart ist die soziale Bodenparzellierung, die mit bewohnter Wiese als amtliche Tätigkeit durch-

kräftige Jugendbewegung wachsen zu lassen, in der die Jugend ihm als Führer unter weitestgehender Eigenregierung freie Gesellschaft leistet. Für Jugend und Gewerkschaft wird ohne Zweifel letztere Form die besten Vorteile sichern.

3) Ist es nötig, der Bewegung eine Jugendzeit ist zu geben, die durch wirtschaftliche, künstlerische, ethische und religiöse Aussäze dem Bildungstrieb unserer Jugend Nahrung und Leitung gibt. Gerade die Zeitschrift kann ein günstiges Vermittel bei den Jugendlichen werden. Deshalb sollte man bei ihrer gesellschaftlichen Unterstützung nicht eine pedantische, sondern eine weitschauende laufmännische Sparsamkeit walten lassen, die weiß, welche gewaltige Größe der Saat entspringen kann.

Einem Einwand muß hier gleich begegnet werden. Man glaube nicht, daß die Organisation den religiösen Jugendvereinen die Mitglieder entziehen wird. Es wird eine Hauptaufgabe der Gewerkschaftsjugend sein, auf der Baustelle sich beweisbar zu machen, somit wird durch ihre Vermittlung noch mancher junge Mann den Weg zu den religiösen Jugendvereinen finden. Im übrigen tut diese Vereinen eine wirklich ernste Konkurrenz not, denn die vierzehntägige Zwei-Stunden-Sitzung ist nicht das, was wir unter organischer Jugendbildungsarbeit verstehen, und verdient, je früher je besser durch Wirklicheres ersetzt zu werden.

Ist so alle Vorarbeit des Verbandes erfüllt, dann kommt es nur noch auf die Jugend an. Aber sie wird nicht versagen, denn sie wartet jetzt sehnsüchtig auf die Menschen, die mit großen Würzen ihr einen neuen Weg zeichnen. Nicht wahr, Kameraden, wir verlängern Aktivität, Betätigung! Wir stehen in den heutigen wirtschaftlichen Entscheidungen noch nicht resigniert beiseite. Solange noch Politik eine Kunst der Aktivität ist, kann sie jugendlicher Kräfte nicht entbehren; solange ist es unsere Pflicht, all unser Wissen, Können und Wollen daraufhin zu schulen; denn wir erfassen noch die elementare Bedeutung des Napoleon-Wortes: Die Politik ist das Schicksal!

Wir werden uns stets der Worte Hebbels, der uns in der Energie seines Bebenringens Borßlē sein kann, als einer Mahnung erinnern:

"Geht an einen schaur'gen Ort,
Denkt an aller Ehren Strauß,
Spreche dann laut das Schöpfungswort,
Spreche das Wort: Es werde! aus.
Ja, es werde! spricht auch Gott.
Und sein Segen senkt sich still,
Denn den macht er nicht zum Spott,
Der sich selbst wollenden will."

Josef Schmidt

Eine bedeutungsvolle Gründung

wurde am 21. Dezember in unserem Verbandsraum in Berlin-Lichtenberg durch die Errichtung der "Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktivgenossenschaften m. b. H." vorgenommen.

Bekanntlich schlossen sich unsere Bauproduktivgenossenschaften am 14. August d. J. zu dem Reichsverband Deutscher Bauproduktivgenossenschaften" e. V. zusammen, der in erster Linie als Spitzenorganisation zur Vertretung der gemeinsamen Interessen sowie als Revisionsinstanz gedacht war. Infolge der Rechtsform des "eingetragenen Vereins" — die der Reichsverband wegen seiner Revisionsanträgen erhalten mußte, — die aber nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Boraahme und den Betrieb geschäftlicher Unternehmungen verbietet, ergab sich von vornherein die Notwendigkeit, eine zweite Organisation zu schaffen, die die wirtschaftliche und finanzielle Förderung unserer Genossenschaften (wie Vermittlung u. u. Preddien, gemeinsamer Materialbezug, fassende Aufnahme der Kaufstoffproduktion usw.) zu sollen sollte.

Zu diesem Behufe wurde zunächst die Gründung der "Gesellschaft zur Förderung von Bauproduktivgenossenschaften" in der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorgenommen.

Neben den Gesellschaftszweck liegt der § 2 des Gesellschaftsvertrages:

I. Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche und finanzielle Förderung (Kapitalbeschaffung, Kreditgewährung und Materialvermittlung) gemeinsamer, genossenschaftlicher Baubetriebe, die dem Reichsverband Deutscher Bauproduktivgenossenschaften e. V. angehören sind.

II. Die Gesellschaft ist zur Boraahme aller mit dem vorgeblichen Zweck unmittelbar oder mittelbar in Verbindung stehender Hilfs- und Nebengeschäfte befugt."

Am 1. Januar 1922 ist der erste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 600 000 M. Davon haben gezeichnet unser christl. Bauarbeiterverband 500 000 M der christl. Malerverband 20 000 M und 17 unserer Bauproduktivgenossenschaften 80 000 M zusammen 600 000 M

Zum 1. Vorsitzenden des Aussichtsrates wurde Kollege Josef Wiedeberg, zum 2. Kollege Anton Schmidt gewählt, die übrigen Aussichtsratsmitglieder sind die Kollegen Jacobi, Hildebrandt, Schlieter, Thoral und Schulze.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Bauproduktivgenossenschaften, Kollege Schonekäs, wurde in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Höfner zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

Über die Verwendung des Geschäftsgewinnes bestimmt der § 12 des Gesellschaftsvertrages wie folgt:

"Der nach Abschreibungen und Rückstellungen für laufende Geschäfte verbleibende Überschuss stellt den Steingewinn dar, der wie folgt zu verwenden ist:

1. Zunächst sind mindestens 10 vom Hundert in eine Einlage so lange einzustellen, bis diese mindestens die Höhe von 50 vom Hundert des Stammkapitals erreicht hat. Die Rücklage dient zur Deckung eines aus der Bilanz ergebenden Verlustes.

2. Von dem verbleibenden Rest wird auf das Gesellschaftskapital eine Höchstverzinsung von 5 vom Hundert verteilt.

3. Der schließlich verbleibende Rest fließt nach näherer Beschlusssfassung des Aussichtsrates dem Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften zur Förderung der ihm angegeschlossenen Genossenschaften zu."

Der neugegründeten Gesellschaft gelten unsere besten Wünsche. Möge sie ihrer Aufgabe, der Förderung unserer Bauproduktivgenossenschaften, mit reichem Erfolge nachkommen und sie hierdurch befähigen, ein maßgebender Faktor auf dem deutschen Baumarkt zu werden zum Segen unserer örtlichen Gemeinschaft und zum Heile unseres Volkes!

Allgemeines

Gesetztes Geld für den Wohnungsbau! Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften hat zu der Aufrührung von Baukostenzuschüssen für das Jahr 1922 folgende Auskunft beigebracht:

In den vergangenen Jahren hat die Bauförderung schwer darunter gelitten, daß die notwendigen Zuschüsse der Länder und Gemeinden nicht rechtzeitig bereitgestellt worden sind. Auch für 1922 droht die gleiche unheilvolle Verzögerung einzutreten. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften richtet daher an die zuständigen Ministerien und Parlamente öffentlich die dringende Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Baukostenzuschüsse für 1922 spätestens Anfang Januar bereitstehen. Bei der Berechnung der notwendigen Geldmengen muß davon ausgegangen werden, daß die Verluste gegen den Sommer 1921 schon jetzt gewaltig gestiegen sind. Allein das Bauholz für die vom Reichstag als notwendig bezeichneten jährlichen 200 000 Wohnungen erfordert noch dem gegenwärtigen Preisstand einen Wehranwand von rund 3 Milliarden Mark gegen den Sommer 1921. Die vom Reichstag als notwendig bezeichnete Summe von 6 Milliarden Mark wird kaum ausreichen, um das Wohnungsbüro für das Jahr 1922 noch nach dringenderen zu befriedigen. 200 000 Wohnungen wird man damit nicht bauen können. Wenn nicht genügend Geldmittel beschafft werden, um die Bauhöfe wesentlich zu erhöhen, so wird die Betätigkeit für die minderbemittelte Bevölkerung erlahmen müssen.

Gegen den Gedenkworten bei der Deutschen Gewerkschaftsverbund an den Reichsmünister für Ernährung und Landwirtschaft folgende Frage gerichtet:

"Was wird heute von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß das Budgetbilat die Abfahrt habe, den Budgetpreis ab 1. Januar 1922 von 715 M. auf 1025 M. je 100 Kilogramm zu erhöhen? Diese Mitteilung steht im schärfsten Gegensatz zu den Zeitungsberichten, die vor einigen Monaten veröffentlicht wurden und in denen von den Raderfabrikanten erklärt wurde, daß sie den Zucker für 715 M. ab Jahrholt liefern werden. Wie bitten ergeben um eine Nachprüfung dieser Meldung und, wenn ja zutrifft, auch um eine Erklärung darüber, welche Gründe eine rechtzeitige Erhöhung des Budgetpreises rechtfertigen. Sollt schon möglichst wie unsere Förderung anmelden, die dahin geht, daß möglicherweise bei der Rogozine, auch die Erzeugungskosten

betont werden einer möglichst geringen und gründlichen Prüfung unter Berücksichtigung von Vertragsbedingungen und von Vertretern der Gewerkschaften unterzogen werden."

Wirtschaftliche Bewegung

Deutsche Bauarbeiter

Schiedsspruch für das Baumgewerbe in den Bezirken Mittel- und Oberbaden, Unterbaden, Bördersfeld und angrenzende Teile von Sessen und übrige Pfalz.

Schiedsspruch

§ 1.

Zu den im Territorium seit September 1921 festgesetzten Lohnsätzen treten folgende Leuerungssätze hinzu:

a) für erwachsene Facharbeiter in den Ortsgruppen I, Ia und II: ab 22. November bis 9. Dezember 2,50 M. ab 10. Dezember bis 22. Dezember 4 M., ab 23. Dezember bis 6. Januar 1923 4,50 M.; in den Ortsgruppen III, IV und V 2,25 M., 3,75 M., 4,25 M.

b) für erwachsene Hilfsarbeiter in allen Gruppen 20 Pf. weniger, also in Gruppe I, Ia und II 2,30, 3,80 und 4,30 M.; in Gruppe III, IV und V 2,05, 3,55 und 4,05 M.

§ 2.

Für Überstunden gemäß § 4 Ziffer 3 a bes. Lohntarif werden die Zuschläge verdoppelt, also statt 50 Pf. pro Stunde 1 M. statt 40 Pf. pro Stunde 80 Pf. statt 30 Pf. pro Stunde 60 Pf.

§ 3.

Wo bereits Zuschläge zu den tariflichen Löhnen gezahlt werden sind, werden diese in die Leuerungszuschläge eingerechnet. Eine Schlechterstellung gegenüber den bisherigen Lohnbezügen darf jedoch nicht eintreten.

§ 4.

Die Wiedereinführung der Streikenden erfolgt nach Maßgabe der vorhandenen Arbeit im Betrieb zwischen den beteiligten Organisationen. Sie ist möglichst zu beschleunigen. Bekanntungen dürfen von keiner Seite aus stattfinden.

§ 5.

Für eine Verschiebung der Ortsstellen und eine Änderung der Bestimmungen über die Arbeitszeit erklärt sich das Schiedsgericht für ungünstig.

§ 6.

Die Erklärung über die Annahme des Schiedsspruchs haben die beteiligten Verbände den Gewerkschaften bislangst freigegeben, am 16. Dezember, nachmittags 12 Uhr, unmittelbar vorzuteilen. Absicht ist dem Gewerbeausschussamt Karlsruhe eingegangen. Mainz, am 16. Dezember 1921.

ges. Sammelrat. Dr. Friedr. Schultenburg.

Urteil

Das Schiedsgericht erklärt, daß die beteiligten Organisationen die Leuerungszuschläge für die Jugendlichen im prozentualen Verhältnis der bisherigen Löhne unmittelbar vereinbaren.

Vorliegender Schiedsspruch wurde von den Arbeitserganisationen mit großer Weisheit ergriffen insofern, als den Arbeitgeberverbänden liegt bis zur Eintrittszeit der Jugend nur von den Betriebsverbänden Unterbaden, der Börd, Sessen und Bördersfeld vor. Wir erwarten aber, daß auch die übrigen Betriebsverbände berücksichtigen den Schiedsspruch anzunehmen werden.

Auf die Ablehnung des Schiedsspruchs vom 25. Dezember durch die Mainzener Bauarbeiter und auf die Streikbewegung sowie auf die Vergehölfte des obigen Schiedsspruches werden wir gelegentlich noch zurückkommen.

Verbandsnachrichten

Haushalt Am 1. Dezember sind für die fünfzehn Verbandsgruppen von Sessen die gemeinschaftlichen Mitgliederbestimmung statt. Der Vorsteher der Ortsgruppe der Dachdecker, Kollege Kreis, hatte die Zeitung "Dachdecker" darüber informiert, daß die neue Leuerung, die erwartete Zuschlagszahl und die neuerliche Leuerung. Die notwendige Folge ist, daß die Arbeitnehmer mit der neuerlichen Leuerung Schritt halten müssen, wenn nicht eine weitere Verhandlung und Leuerung einzutreten soll. Der Vorsteher als Sejmonek arbeitet für gegenüber den Arbeitern besser nicht für Kapital, durch die Glücksfälle des Winkels, wo Arbeit nicht genügt, die Arbeit und kostet auch die Verdienstmöglichkeit zu unterschreiten. Da nun eine so gewaltige Leuerung, wie sie gegenwärtig durch das Land geht, zu große Schwierigkeiten bringt, sozialpolitische Zusammenkünfte müssen nicht in der Zeit, Vorräte an Sachenfehl, Sorgen um, sowie Leidung und Unterhalt ausgeschlossen, und leben mit größter Sorge dem Winter entgegen. Auf Grund dieser Bedürfnisse, daß der Vorsteher jedes Soje eine Zeitlang zum Feieren gezwungen wird, muß er eine Einigung erzielen, daß ihm und seine Freunde eine über diese unfruchtbare Zukunft hinwegführt. Die Arbeitungen haben leichter Beschaff. In der nächsten Tagen werden die Kollegen aus Sessen, Stolze, Rint und Haardt aufgrund entschieden für die Gewährung des Leuerungsrücktritts ein.

Zu dem bevorstehenden Abschluß des Reichsverbandes am 21. 12. 1922 wurde eine Kommission gewählt, die soll Lohnänderungen vorzuschlagen soll. Mit aller Einsichtlichkeit wurde einmütig verlangt, daß beim kommenden Tarifabschluß die Leuerungsfreigabe unter Rückwidung des Verbandses geregelt werden müsse. Die

Vom Vorsitz der Verwaltungsstelle vorgeschlagene Entlastung eines Beitragsbetrages in Höhe von 10 % pro Mitglied bis Ende Dezember wurde nach den Erörterungen des Kollegen Einigkeit einstimmig gutgeheissen. Die Erteilung der Schlussmarke wird von der Leistung dieses Betrages abhängig gemacht. Godann wurde auf die Pflicht der Mitglieder hingewiesen, bei Arbeitslosigkeit Geschäftsstunden sind in Zukunft Montags, Mittwochs und Freitags. Nur diese Tage wolle man zum Besuch des Büros benutzen. Die beschäftigten Kurste des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu denen im Berlauer Kreisblätter der christlichen Gemeinschaften eingeschlossen sind, wollen die Kollegen besuchen; es wird um rege Beteiligung gebeten. Am 16. Januar soll den Mitgliedern mit ihren Angehörigen ein geselliges Zusammensein geboten werden. — Darauf wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung von dem Kollegen Kreis geschlossen. Gestern. In unserer Versammlung am 4. Dezember, die vom Vorsitzenden, Kollegen Vogge, geleitet wurde, war Kollege Bücker erschienen und berichtete über das Kulturbüro der Sozialbewegung. Infolge der erzielten Lohn erhöhung müsse, getreu dem Grundsatz: „Der Beitrag die Höhe eines Stundenlohnes betragen“, eine Beitrags erhöhung eintreten. Neben der bisherigen Beitragsmarke soll (mit Ausnahme der Jugendlichen) jedes Mitglied einen Sozialbeitrag von 15 % bis Ende Dezember leisten. Obwohl eine höhere Beitragsleistung gerechtfertigt sei, soll doch nur dieser Satz geleistet werden. Die Schlussmarke „Verpflichtung erfüllt“ wird nur nach Beistung dieser Beitragspflicht erteilt. Hinsichtlich kommt alle Kollegen in Erfahrung, der durch den Schwind erzielten Erfolge dieser einfachen Pflicht genügt. — Den Ausführungen wurde zugestimmt. Der Referent berichtete dann über den Stand unseres Verbundes, über die Lehrlingsfrage, den Steuerabzug nach die Umstellungfrage, was eine lebhafte Diskussion erforderte. Dann stand die Neuwahl des Vorsitzenden statt. Es wurden gewählt zum Vorsitzenden Kollege Heinrich Schreiter, als Kassierer Heinrich Pettenkuch und Gottfried Meinert, als Schriftführer Joh. Walter. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, abwechselnd, bei Tergessit statt. Dem bisherigen Vorsitz ist an dieser Stelle für seine Tätigkeit der beste Dank ausgesprochen. Hinsichtlich wird der neue Vorsitzende Amt nach besten Kräften mit Sorge und Umsicht vertragen. Die Mitglieder bitten wir, den Vorsitz zu unterstützen, in der Agitation mitzuholen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Denn dieses ist die erste Pflicht des Gewerkschaftlers. Gute Zeiten werden wieder die familiären Mitgliedsbücher eingezogen. Eine Einlieferung der Schlussmarke und Abstempelung, es liegt im Interesse eines jeden Kollegen, sein Buch dem Kassierer bereitwillig abzugeben. Es wird aber bestimmt, alle Beiträge zuerst zu entrichten, damit öffentliche Abrechnung unserer Ortsgruppe erfolgen kann. Unsere Ortsgruppe soll nicht nur auf Bekanntsein, sondern auch zu sein. Seien unserer bisherigen Fruchtbarkeit und Treue in der Wahrnehmung dankt mir weiter handeln, wie es Gewerkschaftler gezeigt. Wir wollen die Einigkeit unter uns hochhalten und noch mehr als bisher mitzuholen in der Agitation zur Sicherung unseres christlichen Bauarbeiterverbundes, denn wir werden viel zu verdanken haben. — Die Meldezeit bei Arbeitslosigkeit ist bei Kollegen Joh. Walter, der die Arbeitslosenmeldepflicht erfüllt. Das Schimpischen ist verzögert.

Seit zweieinhalb Jahren ist Saarbrücken haben die Vertreterin und einem Vortrag des neuen Bezirksleiters, Kollegen Herrich mit 42 gegen 2 Stimmen beschlossen, ab 1. Januar 1922 einen Beitragsbetrag von 16 Mark pro Tagarbeiter und 15 % für Hilfsarbeiter einzließlich 2 % Sonderbeitrag für das Sozialsekretariat zu erheben.

Damit haben unsere Mitglieder des Saargebiets gezeigt, daß sie die Zeiten der Zeit vergessen. Höhe dieser Art der Opferwilligkeit in allen wichtigen Verhandlungen unseres Bezirktes Nachahmung finden.

Aus dem Baugewerbe

Nach die Lage auf dem Markt im Monat November berichtet das Reichsamt für Statistik in Nr. 29:

Die Brutto im November vergangene rege Bauaktivität ist auch weiterhin hoch des Zwecks der sozialen Arbeit ausgeschafft. Die Lage hat allerdings insofern eine wesentliche Verschärfung erfahren, als der Bauunternehmer mit dem Industriebebau und die Preise für die Rohstoffe innerhalb 15 Tagen um 100 bis 400 %, in die Höhe gegangen sind. Seit nicht längst vor kurzem und während der Kriegszeit die einzige einzurichtende Lagergestaltung seitens der Unternehmen eine regelmäßige Versorgung des Baumarktes ermöglicht.

Im Ziegelsegewerbe ist die Lage weiterhin schlecht. Stütze der harten Verarbeitung der Ziegelerwerb durch die exorbitante Erhöhung der Materialpreise und Materialkosten werden nur die allgemeinsteckenden Weichen verschieben.

Um der momentanen Gefährdungen der kleinen Gewerbebetriebe im Deutschen Reich sind im November 665 Betriebsschäden und 170 Fabrikbrände registriert worden, gegenüber 4500 Betriebsschäden und 175 Fabrikbränden im Oktober und 2600 Betriebsschäden und 200 Feuerbränden im September.

Die Einzelverhältnisse der wichtigsten Arbeitssparten gehen mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit im November wesentlich in das zweite Halbjahr des Monats ein. Partien an zu mieten der Zahl der Arbeitssparten, die im Winter kleinen Betrieb eingeschränkt haben, um eine Bildung des Markt der kleinen Arbeitssparten.

Die Deutsche Baunormung. Bei der Geschäftsstelle der „Baunormung“ laufen ständig in großer Zahl aus allen Teilen des Reiches Schreiben ein mit der Anfrage: Was ist die Bau normung und was will sie? Da die Beantwortung dieser Frage von Interesse für die Oberschicht ist, namentlich aber für alle, die mit Kleinwohnungs- und Siedlungsbau zu tun haben, so soll eine kurze Aufklärung erfolgen.

Die „Bau normung“ ist zunächst eine Vereinigung von 14 ehrenamtlich tätigen Arbeitsausschüssen, die im Rahmen des Normenausschusses der Deutschen Industrie hauptsächlich die Normierung, d. h. eine Vereinheitlichung von verschiedenen Bauteilen betreibt, um die Ausführung von Bauaufgaben im Hinblick auf die Not unserer Zeit möglichst wirtschaftlich zu gestalten oder kurz gesagt, um an Bauosten zu sparen.

Besondere Bedeutung haben die Bau normen des Arbeitsausschusses für den Hochbau, der „Reichshochbaunormung“, erlangt. Diese Bau normen, die ausschließlich dem Kleinwohnungsbau dienen sollen, sind Vereinheitlichungen solcher Bauteile, die allerorts zu ganz den gleichen Zwecken immer und immer wieder gebraucht werden, also z. B. Innentüren, Fenster verschiedener Abmessungen und Teillungen, Tür- und Rausterbeschläge, Dachrinnen, Absallrohre, einsläufige Holztreppen, Holzbaldendecken, Dachziegel usw. Die Vereinheitlichung (Normung) aller dieser Bauteile erfolgt nach dem Grundsatz: Neuerste Sparsamkeit mit den teureren Rohstoffen, dabei aber einwandfreie, handwerksgerechte Durchbildung und zweckentsprechende anständige Gestaltung!

Die Normen werden als Zeichnungen durch sogenannte Normblätter veröffentlicht (erhältlich in der Geschäftsstelle der Bau normung Berlin NW 7, Sommerstr. 4a).

Jeder darf nach ihnen arbeiten, jeder darf sie beim Bauen anwenden, und je mehr hierbei genormte Bauteile zur Verwendung kommen, desto vor teilhafter wird gebaut werden.

Schon der Betrieb im allgemeinen vereinfacht sich bei Verwendung von Normen und wird insgesamt wirtschaftlicher. An Stelle von langatmigen Erläuterungen und Beschreibungen treten bei Ausschreibungen, Bestellungen und Abrechnungen einfach Normen, nämlich die Nummern der betreffenden Normblätter; Miserverständnisse scheiden fast völlig aus, zumal selbst das sonst unentbehrliche Maßnehmen am Bau gänzlich wegfällt, denn genormte Bauteile werden stets passen, sofern von vornherein auf ihre feststehenden Anschlussarbeiten hingearbeitet wird.

Die Aufzählung der Vorteile stellt sich noch sehr erweitern; es soll aber hier davon Abstand genommen werden, da sich jeder selbst klar machen kann, welche großen wirtschaftlichen Auswirkungen die Normung im Bauwesen im Gefolge hat. Auf eines soll aber noch hingewiesen werden: Die Normung ist keine Einrichtung, die leichter, die es auf die Kollegen gezeigt Gebäude oder Grundrisse erfordert, wird vor der „Normung“ nicht hergestellt, um nicht in das Interessen gebiet der Architekten einzudringen und der Entwicklung neuer Baukunst keinerlei Hemmung anzulegen.

Bücherschau

Dr. Th. Brauer: „Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft.“ Eine außerordentlich wichtige und bedeutsame Neuerscheinung, die jeder Kollege unbedingt lesen muß! — Die Schrift bedeutet einen neuartiger Berufung die Gewerkschaft als Organ ihrer Träger in das Getriebe der Volkswirtschaft organisch einzugliedern. Im Kernpunkt stehen Richtlinien, die der Verfasser für die Praxis der christlichen Gewerkschaften anspricht, indem er die Auswirkung dieser Praxis für das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben aufzeigt. In eingehenden Ausführungen setzt sich der Verfasser mit dem verhängnisvollen Einfluss von Karl Marx auf alle Gewerkschaftstheorien zusammen. Dem Klasse zu entzünden wird der Gewerksmann in seiner kreativen Bedeutung für den Wiederaufbau entgegengesetzt.

Die Herausgabe dieser Schrift entspricht einem Wunsche des Vorsitzenden des Gewerbeverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Dieser hat sich, wie nach ihm eine Anzahl von Beamtenkonferenzen, durch das ganze Land hin, mit den darin erhaltenen Ausführungen und namentlich mit den Richtlinien eingehend befaßt. —

Wir werden bestimmt in einem größeren Artikel auf das bedenklose Werk zurückkommen, empfehlen allen Kollegen aber schon heute die baldige Anschaffung. Preis 3,50,- für Kollegen, die den Weitervertrieb übernehmen, 3,- zu beziehen durch den christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Bümersdorf, Güterallee 25.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Die Erneuerung der Reichsvereinträge, welche für April 1922 bevorsteht, und die notwendige Neuvergeltung des Beitrag- und Unterhaltungsbewerbs erfordert, daß im Laufe des nächsten Frühjahrs eine Generalversammlung des Verbundes abgehalten wird. Dieselbe soll im Laufe des Monats April tagen. Genaueres Datum, Ort der Tagung und Tagesordnung werden später bekanntgegeben. Bekanntgabe der Wahlkreisenteilung und Wahllokale wird in einer der nächsten Nummern erfolgen.

Der Hauptvorstand.

J. E. Jos. Sieberberg

Eichsfeld, Wichtung!

Am Sonntag, den 1. Januar, finden nachmittags 2 Uhr in Duderstadt im Zivoli und in Einselede in der Gemeindeschule je eine große Konferenz statt. (Also Einselede nicht am 1. Januar.)

Die Ortsgruppe Niemands hält jeden 2. Sonntag im Monat, morgens um 11 Uhr, in der Wirtschaft Rathaus, Rathstraße, eine Mitglieder-Versammlung ab.

Sterbetafel.

Am 28. November starb unser treuer Mitglied Karl Student im 53. Lebensjahr.

Zahlstelle Ruda O/S.

Am 28. November starb an den Folgen einer Lungenerkrankung unser treuer Kollege Bernd Eckelvogt aus Hiltrup im Alter von 52 Jahren.

Verwaltungsstelle Münster i. W.

Am 3. Dezember starb unser lieber treuer Kollege Martin Alt aus Hosenfeld (Kreis Alfeld) im Alter von 38 Jahren an schwerem Nierenleiden. Wir verlieren in ihm einen Mitbünder und treuen Kämpfer für unseren Verbund.

(Sektion der Städtevereine.)

Am 5. Dezember starb unser lieber Kollege Peter Windesk infolge Lungenerkrankung im Alter von 42 Jahren. Wir verlieren in ihm einen lieben und treuen Freund.

Ortsgruppe Eichenheim.

Am 5. Dezember starb infolge einer Operation unser langjähriger Kollege, der Maurer August Hase.

Verwaltungsstelle Danzig.

Am 6. Dezember starb infolge eines Nieren- und Blasenleidens unser lieber Kollege, der Maurer Bernhard Odhaus im Alter von 61 Jahren.

Ortsgruppe Südkirchen.

Am 7. Dezember starb unser lieber Kollege Franz Reker infolge Schwindfucht.

Ortsgruppe Bochum.

Am 8. Dezember starb infolge Herzähnzung unser pflichtiges Mitglied, Kollege Andreas Popp im Alter von 56 Jahren.

Ortsgruppe Freising.

Am 11. Dezember 1921 starb infolge Herzschwäche unser lieber Kollege, der Maurer Wilhelm Bülow im Alter von 59 Jahren.

Ortsgruppe Hamm i. W.

Am 18. Dezember starb nach langer Krankheit an Lungenerkrankung unser Kollege, der Maurerpolier Josef Schwiegertshäuser aus Rüdershausen, im Alter von 53 Jahren.

Verwaltungsstelle Hannover.

Ehre ihrem Andenken!

Bestellzettel!

Erscheinungsort
Berlin.

3. Reihung der Zeitungspreissätze
Seite 2.

Ich bestelle — hiermit für das 1. Halbjahr 1922.

1 Stück „Genossenschaftliche Bauprofis“

Zeitschrift des Reichsverbandes
deutscher Bauproduktgenossenschaften e. V.

zum Preise von 6,- Mark und 60 Pf. Beitragszettel für das Halbjahr (6 Hefte) und bitte um Lieferung und Einziehung des Beitrages durch die Post.

Name:

Stadt:

Wohort:

Postleitzettel:

Straße und Hausnummer:

für das Postamt

(Kunststück dem Briefträger übergeben oder unmittelbar in den nächsten Briefkasten werfen!)